

Konkretes zum zehnten Jubiläum

Die UEL mahnt Handlungsbedarf an und legt Reformvorschläge vor

VON JOELLE MERGES

Im Hinblick auf die parlamentarische Debatte zur Wettbewerbsfähigkeit am 16. Mai legte die UEL gestern ihre Reformvorschläge vor, die aus Sicht des Arbeitgeberverbands unverzüglich in Angriff genommen werden müssen.

Vor zehn Jahren nahm die Debatte über die Wettbewerbsfähigkeit ihren Lauf: Es war im Jahr 2003, als die Tripartite beschloss, ein „Observatoire de la compétitivité“ ins Leben zu rufen. Darauf folgten der Fontagné-Bericht, mehrere Tripartite- und Bipartite-Runden sowie eine Vielzahl von UEL-Stellungnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder zur Ausrichtung des nationalen Reformplans – ohne dass sich aus Sicht des Arbeitgeberverbands die Lage des Standorts Luxemburg verbessert hätte, ganz im Gegenteil: Die Wirtschaft stagniert seit Jahren; die Arbeitslosigkeit wächst trotz der Schaffung neuer Arbeitsplätze; die Inflationsrate fällt regelmäßig höher aus als in den konkurrierenden Nachbarländern; dazu kommt das strukturelle Defizit der öffentlichen Finanzen sowie der Image-Schaden, den der Finanzplatz im Zuge der Zypern-Krise erlitten habe, wobei die Bommelleeër- und die Geheimdienst-Affären auch nicht gerade dazu beigetragen hätten, den Blick der Politik auf die wesentlichen Probleme des Landes zu schärfen, gab UEL-Präsident Michel Wurth gestern auf einer Pressekonferenz zu bedenken.

Auf all diese Standortnachteile weist die UEL seit Jahren schon hin; Gehör fand sie damit jedoch nicht. Nun soll sich das Blatt aber



Die UEL hofft, dass demnächst kein Wölkchen den Wettbewerbshimmel trüben wird.

(FOTO: GERRY HUBERTY)

zum Besseren wenden, hofft der Vorsitzende des Arbeitgeberverbands. „Es setzt sich immer mehr die Einsicht durch, dass sich etwas tun muss. Jedoch besteht die Gefahr, dass die Reformagenda durch die Sozial- und Landeswahlen in Verzug gerät. Wir können es uns nicht leisten, bis 2015 zu warten, denn mit jedem verlorenen Tag wird der Handlungsbedarf größer.“

Mit der parlamentarischen Debatte zur Wettbewerbsfähigkeit am 16. Mai verbindet die UEL große Erwartungen. Die eigenen Reformvorstellungen hat der Arbeitgeberverband in acht Punkte zusammengefasst, dazu zählt unter

anderem die Beschleunigung der Verwaltungsprozeduren, mit der sich etwa ohne großen Kostenaufwand die Binnennachfrage ankurbeln ließe. Um die Inflation in den Griff zu bekommen, schlägt die UEL eine Desindexierung der gesamten Wirtschaft, also der Löhne, Mieten und Dienstleistungsverträge vor. Die öffentlichen Finanzen sollen nach Ansicht des Arbeitgeberverbands in den kommenden drei Jahren begradigt werden, ohne jedoch die Steuerlast über Gebühr anzuheben oder die öffentlichen Investitionsvorhaben zu kürzen. Die Arbeitslosigkeit will die UEL durch eine Senkung der Arbeitskosten bekämpfen; die

niedrigeren Mindestlöhne sollen durch soziale Transferleistungen ausgeglichen werden. Darüber hinaus warnt die UEL vor einer Immobilienblase und spricht sich für eine tiefgreifende Bildungsreform und eine Rentenreform aus, die diesen Namen auch wirklich verdiene. Schließlich plädieren die Arbeitgeber für einen Integrationsplan für ausländische Mitbürger: „In der Privatwirtschaft arbeiten 80 Prozent Nicht-Luxemburger. Für uns ist es daher besonders wichtig, dass diejenigen, die die Hauptlast der Wirtschaft tragen, besser in die politischen Gestaltungsprozesse eingebunden werden“, befand Michel Wurth.